

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	6
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	8
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	17

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	8
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	21
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	22
Innere Lage im Empfängerland	25
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	27
Bedrohung von Alliierten	29
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	32
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	33

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Serbien

Wie aus den Informationen des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung hervorgeht, liefert Deutschland primär Klein- und Handfeuerwaffen nach Serbien sowie vereinzelt Ausrüstungsgegenstände für Sicherheitskräfte. Die Gesamtsumme der deutschen Rüstungsexporte nach Serbien ist in den vergangenen Jahren insgesamt als gering anzusehen, mit Ausnahme von 2009 und insbesondere 2018. Informationen aus dem UN-Waffenregister legen dar, dass Deutschland im Jahr 2009 mehrere hundert Maschinenpistolen und Sturmgewehre geliefert hat. 2018 genehmigte die Bundesregierung erstmalig einen Export von Rüstungsgütern im dreistelligen Millionenbereich nach Serbien.

Nachdem Montenegro nach der Unabhängigkeit zunächst jahrelang den wichtigsten Waffenexporteur für Serbien darstellte, nimmt nun Russland die wichtigste Position ein. Dies resultiert nicht zuletzt aus zahlreichen Schenkungen seitens Russlands. Ende 2016 verständigten sich Serbien und Russland auf eine Intensivierung der militärischen Kooperation. 2017 wurde bekannt, dass Russland Serbien sechs MiG-29-Kampffjets, 30 T-73-Kampfpanzer, 30 gepanzerte Fahrzeuge und zwei An-26-Transportflugzeuge kostenfrei überlässt. Auch Deutschland exportierte in den letzten Jahren Fluggeräte nach Serbien: Zwischen 2018 und 2020 wurden sechs leichte Hubschrauber vom Typ EC145, darunter vier bewaffnete Modelle, nach Serbien geliefert. 2021 wurden elf weitere bestellt.

Die serbische Rüstungsindustrie ist ein Erbe aus der Zeit Jugoslawiens. Damals spielte die Rüstungsindustrie als Einnahmequelle für Devisen sowie als zentrales Standbein für das politische und wirtschaftliche System eine wichtige Rolle. Entgegen allgemeiner Berichte war die Rüstungsindustrie jedoch nach dem Krieg im Jahr 1999 nicht völlig zerstört, sondern eine Vielzahl relevanter Rüstungsunternehmen begann erneut mit der Produktion. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts befand sich die serbische Rüstungsindustrie jedoch in einem strukturell desolaten Zustand und notwendige Reformen konnten nur bedingt eingeleitet werden. Trotz der schlechten Ausgangslage und den strukturellen Problemen hat sich die serbische Rüstungsindustrie in den letzten Jahren erholt. Serbiens Anstrengungen, im globalen Rüstungsmarkt eine neue Rolle einzunehmen, werden insbesondere von den staatlichen Rüstungsherstellern unter dem Dach von Yuguimport-SDPR forciert.

Im Rahmen einer Strukturreform des Militärs wurde die Anzahl der aktiven Soldat:innen radikal verringert. Ausgestattet ist das serbische Heer vorwiegend mit veralteten Rüstungsgütern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Einige der Rüstungsgüter sollen einer modernen Kampfwertsteigerung unterzogen und altes Equipment aussortiert werden. Serbiens Marine wurde nach der Abspaltung Montenegros an dieses übergeben, da Belgrad mit der Teilung des Landes Zugänge zum Meer und den Seehäfen verloren hat. Nach der Militärreform verfügt Serbien heute lediglich über eine Flottille zur Überwachung der Wasserstraßen, die jedoch den Landstreitkräften unterstellt ist. Gegenwärtig

tige Aufgabe der Luftwaffe ist der Schutz und die Kontrolle des Luftraums sowie die Unterstützung der Bodentruppen. Den Kern der Luftwaffe bilden russische MiG-21 und MiG-29 Kampfflugzeuge. Belgrad strebt an, die bereits veraltetete Flotte durch Mehrzweckjagdflugzeuge zu ersetzen. Russische MiG und Sukhoi, französische Rafale, schwedische Gripen oder US-amerikanische F-16 Kampfflugzeuge werden in Betracht gezogen.

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts befindet sich das serbische Militär in einem Veränderungsprozess, der u. a. auch zur Abschaffung der Wehrpflicht Anfang 2011 führte. Eine umfassende Sicherheits- und Verteidigungsreform hat zu erheblichen Erneuerungen innerhalb der Streitkräfte geführt. Das serbische Militär verfügt damit heute – wie schon im früheren Jugoslawien – über eine starke Position innerhalb der Gesellschaft. Durch den Ausbau der Polizei und des Geheimdienstes hatte der ehemalige Präsident Milosevic zwar den Einfluss des Militärs zeitweise zurückgedrängt. Doch nach dem dessen Sturz im Jahr 2000 gelang es der Militärführung erneut, die Stellung des Militärs innerhalb des Staates zu festigen. Fast zehn Jahre nach Beginn einer Sicherheitssektorreform konnte im Jahr 2009 mit der Verabschiedung des zukünftigen rechtlichen Rahmens und der Etablierung demokratischer Kontrollmechanismen die erste Phase der Reform abgeschlossen werden. So wurde z. B. der Generalstab dem Verteidigungsministerium unterstellt, das nach den Verfassungsänderungen zivil geführt wird. Allerdings ist das serbische Parlament bis heute sehr zurückhaltend bei der Ausübung seiner Kontrollfunktionen und -rechte. Neben dem Militär waren insbesondere die Polizei und der Geheimdienst Gegenstand der Sicherheitssektorreform. Eine Erneuerung des Geheimdienstes ist jedoch weiterhin aufgrund seiner gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen nur äußerst begrenzt möglich. Zwar wurden einige Gesetze geändert und Überwachungsstrukturen durch das Parlament geschaffen, die jedoch unzureichend sind und in der Praxis kaum ausgeübt werden. Eine umfassende Polizeireform stand nach dem Sturz Milosevics ganz oben auf der politischen Tagesordnung. In den letzten zehn Jahren versuchten verschiedene Regierungen, das Image der Polizei als Instrument des Milosevic-Regimes zu bekämpfen und ihr Ansehen in der Gesellschaft zu erhöhen. Die etwa 28.000 Polizist:innen des Landes (Stand: 2016) unterstehen dem Innenministerium und sind u. a. unterteilt in Zoll, Kriminal- und Grenzpolizei sowie zwei Anti-Terror-Einheiten, die „Special Antiterrorist Unit“ und die „Counterterrorist Unit“. Neben den staatlichen Sicherheitskräften gibt es ebenfalls einen großen Markt privater Sicherheitsanbieter, der in den letzten zehn Jahren deutlich gewachsen ist. Schätzungen zufolge gibt es derzeit etwa 3.000 private Sicherheitsunternehmen, die annähernd 30.000 Menschen beschäftigen.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Serbien ist dem Großteil der internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten und bekennt sich zur Bedeutung der internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsanstrengungen im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler sowie regionaler Initiativen.

Allgemein war zu beobachten, dass sich die Menschenrechtssituation in den vergangenen zehn Jahren verbessert hatte. Sowohl die gesetzlichen Grundlagen zum Schutz grundlegender Rechte als auch demokratischer Normen im Zuge der politischen Transformati-

on, die Menschenrechten einen wichtigen Platz innerhalb der Gesellschaft und der Politik einräumen, hatten sich positiv entwickelt. Dennoch bestehen weiterhin Defizite, die durch Entwicklungen unter der Regierung von Aleksandar Vucic noch verstärkt werden. Probleme existieren etwa in Bezug auf den Minderheitenschutz, den Kampf gegen Diskriminierung, die Missachtung von Rechten durch die Polizei und in den staatlichen Gefängnissen. Hinzu kommt der unzureichende Schutz von Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen.

Sowohl die politische Situation als auch die allgemeine Konfliktsituation in der Region bleiben instabil und angespannt. Das internationale Engagement des Westens in den Ländern des Balkans ist stark sicherheitspolitisch geprägt, politische und wirtschaftliche Entwicklungen treten dagegen in den Hintergrund. Problematisch für eine Stabilisierung der Länder auf dem Balkan sind die weiterhin schwachen Staatsstrukturen, die unzureichenden wirtschaftlichen Fortschritte und die vielen ungelösten ethnischen Spannungen und Konflikte. Aus Sicht Serbiens ist der zentrale und weiterhin offene Konflikt die Abspaltung des Kosovo im Jahr 2008. Seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung kämpft auf der einen Seite die albanische Mehrheit des Kosovo um ihre staatliche Anerkennung. Auf der anderen Seite besteht die serbische Regierung weiterhin darauf, dass der Kosovo ein integraler Bestandteil Serbiens ist. Während beide Regierungen versuchen, den Konflikt diplomatisch zu lösen, kommt es in der Grenzregion, insbesondere in der Stadt Mitrovica, immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der albanisch stämmigen Bevölkerung und den im Kosovo lebenden Serb:innen. So kam es etwa im Sommer 2011 zur Eskalation, als die kosovarische Spezialpolizei Grenzposten besetzte, um ein Importembargo gegen serbische Waren durchzusetzen.

Auch zwischen Serbien und Kroatien existieren weiterhin ungelöste Grenzfragen. Zwar haben sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, eine endgültige Lösung der Territorialansprüche und Fragen der Nutzung der Donau ist jedoch noch nicht in Sicht. Bosnien und Herzegowina und Serbien streiten ebenfalls über ungeklärte Grenz- und Territorialfragen entlang der Flüsse Drina und Lim. Nach vier Jahren Verhandlungsstillstand haben beide Staaten im Mai 2010 wieder diplomatische Gespräche aufgenommen. Serbien hat einen Landtausch vorgeschlagen, eine Einigung konnte aber noch nicht gefunden werden.

In Serbien befinden sich derzeit im Rahmen der OSZE-Mission ausländische Kräfte zur Unterstützung in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte, Minderheitenschutz und Entwicklung der Medienlandschaft. In der Region, insbesondere im Kosovo, laufen darüber hinaus weitere Missionen.

Für Serbien besteht gegenwärtig keine direkte Bedrohung durch internationalen Terrorismus. Belgrad ist zwar zahlreichen internationalen Abkommen nicht beigetreten, dennoch hat das Land mit Albanien und Bosnien und Herzegowina sowie mit Israel und Zypern bilaterale Abkommen zur Terrorismusbekämpfung unterzeichnet.

Internationale, organisierte Kriminalität ist weiterhin ein großes Problem in Serbien. Die OSZE-Mission hat die serbische Regierung seit 2001 maßgeblich bei ihrer Bekämpfung unterstützt. Allgemein ist das Land und die gesamte Region wichtiger Umschlagplatz für Drogen und Zigaretten und damit Einfallstor für Schmuggelware in die EU. Auch für Waffen und im Bereich des Menschenhandels ist das Land eine Drehscheibe der organisierten Kriminalität. Neben Schmuggel ist die ausufernde Geldwäsche im Land

eine der größten Herausforderung für die serbische Regierung und die Sicherheitsbehörden.

Auf dem Balkan existiert seit 1995 ein regionales Rüstungskontrollregime, das zwischen Kroatien, Serbien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina geschlossen und in den folgenden Jahren stetig erweitert wurde. Es begrenzt die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme für die beteiligten Länder.

Serbien ist bestrebt, ein effektives Exportkontrollregime zur Kontrolle von konventionellen Waffen und Dual-Use-Gütern zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Belgrad im März 2005 freiwillig die Kriterien und Prinzipien des damaligen EU-Verhaltenskodex (seit 2008 Gemeinsamer Standpunkt) für Rüstungsexporte anerkannt und damit einhergehend eine Reihe von Exportkontrollgesetzen verabschiedet, die im Einklang mit den EU-Standards zur Exportkontrolle stehen. Im Allgemeinen ist die serbische Gesetzgebung ein positiver Schritt nach vorne und ein guter Versuch, die europäischen Normen und Kriterien zu übernehmen. In der Umsetzung der durchweg positiven Gesetzgebung gibt es ebenfalls wichtige Fortschritte, die durch einen deutlichen Kapazitätsaufbau in der Verwaltung und der politischen Ebene erreicht wurden. Dennoch existieren weiterhin einige Defizite im serbischen Exportkontrollregime.

Serbiens Militärausgaben waren in den vergangenen 10 Jahren rückläufig, liegen seit 2019 jedoch wieder über zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während sich die Ausgaben für Gesundheit als Anteil am BIP relativ konstant entwickelt haben. Zwar hat sich eine Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystem in den letzten Jahren eingestellt, doch bleiben vor dem Hintergrund der generell positiven wirtschaftlichen Entwicklung beide Systeme chronisch unterfinanziert.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2003-2020 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2003	Geländewagen: 55,2% Pistolen, Maschinepistolen, Sport und Jagdgewehre und Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen, Maschinepistolen, Sport- und Jagdgewehre: 22,9% Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen und Granatpistolen: 17,7% (für Vereinte Nationen)	0,4
2004	Ballistische Schutzhelme: 62,2% Sportpistolen, Maschinenpistolen für VN, Jagdgewehre und Flinten, inkl. Teile: 24,9%	0,12
2005	Teile für HF – Überwachungs- und Peilsysteme: 64,3% Munition für Revolver, Pistolen und Granatpistolen (für Finnische Armee): 15,4% Materialien für ABC – Schutzbekleidung: 13,7%	0,47
2006	Jagdgewehre und Teile: 86,1%	0,11
2007	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportpistolen: 54,6% Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 41,3%	0,31
2008	Geländewagen mit Sonderschutz: 75,4% Jagdgewehre und Teile für Jagdgewehre: 19,2%	0,5
2009	Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Maschinenpistolen, Gewehre mit KWL-Nummer, Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportrevolver, Sportpistolen: 89,8%	1,46
2010	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen: 51,1% Reizstoffe und Teile für C-Schutzbekleidung: 28,9% Kommunikationsausrüstung und Teile dafür: 18,9%	0,39
2011	Maschinenpistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten: 47,4% Detektionsausrüstung und Teile für Detektionsausrüstung: 45,9%	0,48
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre: 70,4% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 15,9%	0,41
2013	Jagdgewehre und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre: 57,7% Laborchemikalien, Detektionsausrüstung/Teile für Detektionsausrüstung: 25,3%	0,23
2014	Jagdgewehre, Sportgewehre, Mündungsfeuerbremsen und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 93,5%	0,15
2015	Jagdgewehre, Sportgewehre, Rohrwaffen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 51,2%; Tauchgeräte, Westen und Teile für Tauchgeräte: 24,1%; Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen und Flinten: 23,4%	0,59

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 45,5% Pistolen, Jagdgewehre, Magazine und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinenpistolen, Pistolen, Jagdgewehre: 40,7%	0,44
2017	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Rohrmaschinen-Lafetten, Magazine und Teile für Jagdgewehre: 84,3%	0,48
2018	Kampfhubschrauber, Hubschrauber und Teile für Hubschrauber: 99,5%	105,31
2019	Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 65,8% Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Magazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 18,5%	2,32
2020	Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Flinten und Teile für Haubitzenmunition: 37,5% Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Magazine, Rohrmaschinen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre: 31,1% Teile für Flugkörper: 17,5%	0,67

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2020, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 2003-2020

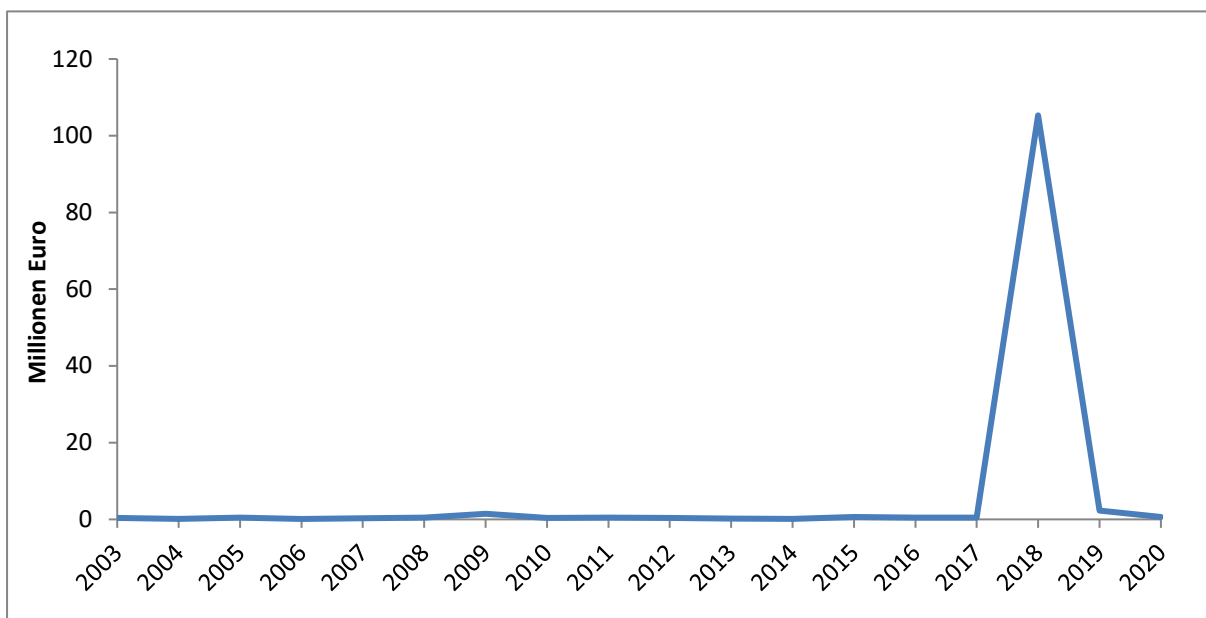


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Serbien 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
6	EC145	Leichte Helikopter	2016	2018-2020	(6)	H145M Version; 4 bewaffnet
11	EC145	Leichte Helikopter	2021			H145M Version

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Wie aus den Informationen des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung hervorgeht, liefert Deutschland primär Klein- und Handfeuerwaffen nach Serbien sowie vereinzelt Ausrüstungsgegenstände für Sicherheitskräfte. Die Gesamtsumme der deutschen Rüstungsexporte nach Serbien ist in den vergangenen Jahren insgesamt als gering anzusehen. Eine Ausnahme ist das Jahr 2009, in dem Deutschland insbesondere Klein- und Leichtwaffen exportierte. Informationen aus dem UN-Waffenregister legen dar, dass Deutschland im Jahr 2009 mehrere hundert Maschinenpistolen und Sturmgewehre geliefert hat. Insgesamt importierte die serbische Regierung in dem Jahr Klein- und Leichtwaffen sowie Munition im Gesamtwert von etwa 3,4 Millionen US-Dollar. Auch in den Folgejahren befanden sich unter den deutschen Lieferungen hauptsächlich kleine und leichte Waffen und vereinzelt Kommunikationsausrüstung.

2018 ist mit einem Gesamtwert von über 105 Millionen Euro ein gravierender Anstieg der Rüstungsexporte nach Serbien zu verzeichnen. Dieser ist wohl überwiegend auf die 2016 genehmigte und zwischen 2018 und 2020 erfolgte Lieferung von sechs EC145 Helikoptern zurückzuführen. Vier dieser Hubschrauber in der H145M-Version sind dabei bewaffnet. 2021 wurden nochmals elf EC145-Helikopter geordert.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Serbien 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	65	3	155	133	106	463

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 3

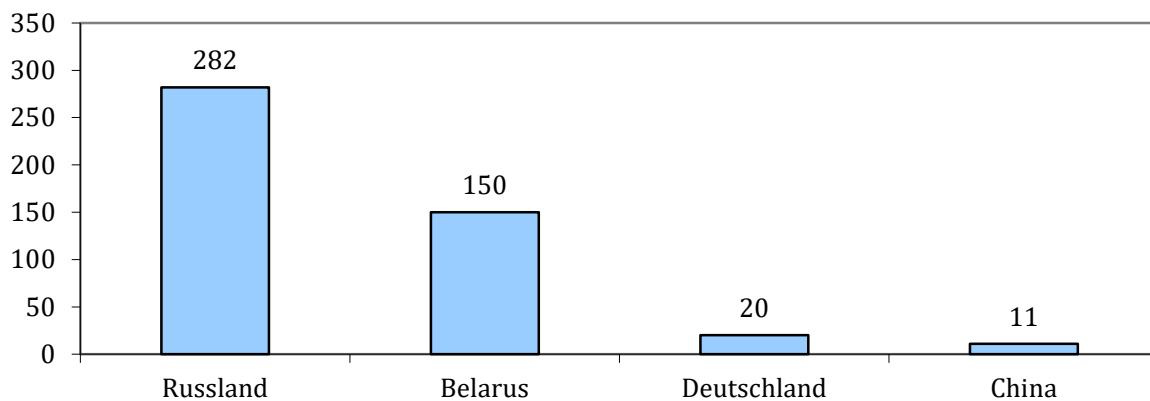
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Serbien 2017-2021, Mio. USD

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	-	3	13	3	-	20

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Serbien zwischen 2017 und 2021 die 47. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Nachdem Montenegro nach der Unabhängigkeit zunächst jahrelang den wichtigsten Waffenexporteur für Serbien darstellte, nimmt nun Russland die wichtigste Position ein. Die Bedeutung westeuropäischer Lieferanten nimmt tendenziell ab. Dies resultiert aus zahlreichen Schenkungen seitens Russlands in den vergangenen Jahren. Zudem bekundete Serbien Interesse daran, seine Streitkräfte durch die Anschaffung russischer Systeme zu modernisieren, darunter 3D-Überwachungsradare, Flugabwehrsysteme und Kampfhubschrauber. Bereits im November 2013 wurde ein bilaterales Kooperationsabkommen zur Verbesserung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit der serbischen Armee unterzeichnet. Ende 2016 verständigten sich Serbien und Russland auf eine Intensivierung der militärischen Kooperation. 2017 wurde bekannt, dass Russland Serbien sechs gebrauchte MiG-29-Kampffjets, 30 T-72B-Kampfpanzer, 30 gepanzerte Fahrzeuge sowie zwei An-26-Transportflugzeuge kostenfrei überlässt. Serbien kündigte an, die neue Ausstattung vollständig zu modernisieren und instand zu setzen. Bis 2021 wurden alle Waffensysteme geliefert. Belgrad ist an der Lieferung von Buk-M2 Flugabwehrraketensystemen interes-

siert. Hier werden Verträge in der Zukunft erwartet. Die Lieferung von zwei Mi-17V-5 Helikoptern aus Russland im Juni 2016 wurde durch eine weitere Lieferung von drei Helikoptern desselben Typs 2019 ergänzt. Die gelieferten Helikopter werden hauptsächlich zur nationalen Such- und Rettungszwecken genutzt und ersetzen die veralteten Mi-17 Modelle. Darüber hinaus exportierte Russland 2019 vier Mi-35M-Kampfhubschrauber nach Serbien sowie 2020 sechs mobile Luftabwehrsysteme und 150 dazugehörigen Flugabwehrraketen. 2021 wurden weitere 150 Luftabwehrraketen und weitere sechs Luftabwehrsysteme sowie 250 Panzerabwehrraketen geordert. Außerdem orderte Belarus im selben Jahr vier Mi-35M und drei Mi-8MT/Mi-17 Kampf- bzw. Transporthelikopter aus Russland.

Belarus stiftete Serbien 2019 acht ausgemusterte, vor der Lieferung modernisierte MiG-29S Kampfflugzeuge, welche bis Ende 2021 vollständig geliefert wurden. Die deutschen Exporte von Großwaffensystemen nach Serbien beschränkten sich seit 2010 auf die Lieferung von sechs leichten Hubschraubern vom Typ EC145 (darunter vier bewaffnete Modelle) zwischen 2018 und 2020. 2021 wurden jedoch weitere elf Exemplare hiervon geordert. 2020 hat sich auch China als Rüstungslieferant Serbiens hervorgetan: So lieferte es neun bewaffnete CH-92 Drohnen sowie 50 Luft-Boden-Raketen. Teil des Geschäfts war auch ein Technologietransfer für die Entwicklung serbischer Pegasus Drohnen.

Allgemein ist zu beobachten, dass das serbische Militär bedeutende Finanzierungsschwierigkeiten hat, aufgrund dessen notwendige Modernisierungen und Anschaffungen im letzten Jahrzehnt nicht umgesetzt werden konnten. Erschwerend kommt hinzu, dass Produkte der westlichen Rüstungsindustrie sich meist als zu teuer erweisen und die NATO-Staaten zögern, überschüssige Ausstattung für Serbien freizugeben.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

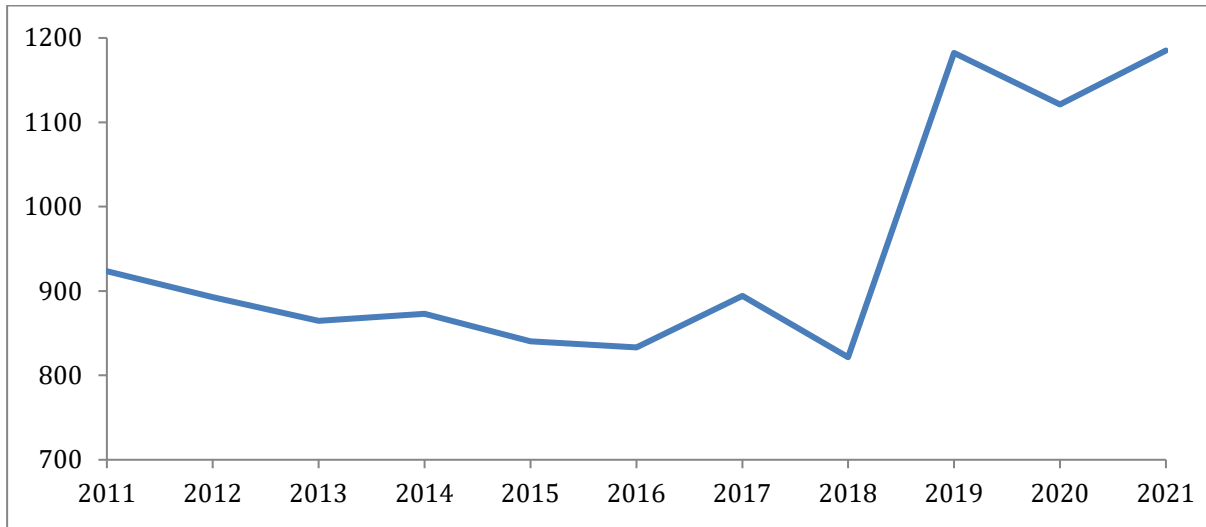
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	894	822	1182	1121	1185
Anteil am BIP (in Prozent)	1,8	1,6	2,2	2,1	2,1
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	4,6	4,0	5,3	4,4	4,4

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

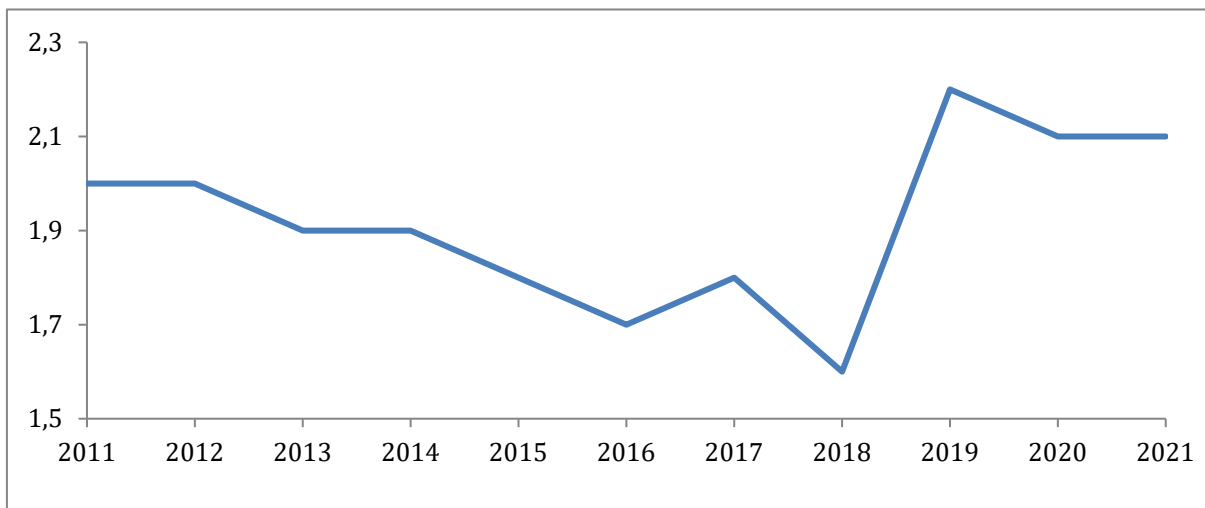


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Kommentar

Im Juni 2013 kündigte die serbische Regierung nach jahrzehntelangen Einsparungen im militärischen Sektor an, 79 Millionen Euro in die lokale Rüstungsindustrie zwecks Sanierung zu investieren. Die Budgetknappheit im Rüstungsbereich konnte in der Ver-

gangenheit teilweise durch ausländische Spenden kompensiert werden. So empfangen die serbischen Streitkräfte von 2012 bis 2015 insgesamt 68 Spenden im Wert von 18 Millionen Euro, die überwiegend auf die Ausrüstung und die Verbesserung von Training und Bildung der Streitkräfte ausgerichtet waren. Dennoch besteht weiterhin ein dringender Modernisierungsbedarf.

Lokale Rüstungsindustrie

Die serbische Rüstungsindustrie ist ein Erbe aus der Zeit Jugoslawiens. Damals spielte die Rüstungsindustrie als Einnahmequelle für Devisen sowie als zentrales Standbein für das wirtschaftliche System eine wichtige Rolle. In den 1990er Jahren blieben unter dem damaligen Präsidenten Milosevic notwendige wirtschaftliche und politische Reformen im Rüstungssektor zur Umstrukturierung der Rüstungsindustrie aus. Stattdessen wurde sie weiterhin stark vom Staat und ohne Auflagen, wie etwa einen Restrukturierungsprozess einzuleiten oder die Effizienz zu verbessern, unterstützt. Im Krieg zwischen der NATO sowie Serbien und Montenegro 1999 wurden zahlreiche Produktionsstätten sowie Forschungs- und Entwicklungsanlagen durch Luftangriffe erheblich beschädigt. Entgegen allgemeiner Berichte war die Rüstungsindustrie jedoch nicht völlig zerstört, sondern eine Vielzahl relevanter Rüstungsunternehmen begann nach Kriegsende erneut mit der Produktion. Auch die Anzahl der Beschäftigten von immerhin 20.000 Menschen zeugen von einer oberflächlich intakten Industrie nach Ende des Krieges. Dennoch wirkten die technologischen Defizite und ineffizienten Strukturen auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiter und die serbische Rüstungsindustrie befand sich nach wie vor in einem strukturell desolaten Zustand. Für notwendige Reformen, Entwicklung und Forschung fehlten die Mittel.

Erst in den letzten Jahren vermochte sich die serbische Rüstungsindustrie zu erholen. Während im Jahr 2008 serbische Rüstungsunternehmen noch für 200 Millionen US-Dollar exportierten, verdoppelte sich die Summe der ausgeführten Rüstungsgüter auf 400 Millionen US-Dollar im darauffolgenden Jahr. Rüstungsexporte haben einen vierprozentigen Anteil am Gesamtexport Serbiens und machen das Land damit zum größten Rüstungsexporteur auf dem Balkan. Im Oktober 2015 teilte der damalige serbische Verteidigungsminister Bratislav Gasic mit, dass sich die Rüstungsexporte 2015 auf einen Wert von 750 Millionen US-Dollar erhöht haben – der größte Anstieg seit 15 Jahren. Gegenwärtig arbeiten immer noch mindestens 10.000 Menschen in der Rüstungsindustrie. Andere Quellen beziffern die Anzahl der Jobs in dem Sektor auf bis zu 32.000. Im Januar 2014 kündigte der damalige serbische Verteidigungsminister jedoch an, dass in der staatlichen Rüstungsindustrie bis Ende 2014 10 Prozent der Arbeitsplätze gestrichen und Neuanstellungen nur noch mit Genehmigungen des Verteidigungsministeriums genehmigt werden würden. Derzeit gibt es sechs bedeutende Rüstungsfirmen in Serbien: Zastava Oruzje, Prvi Partizan, Prva Iskra, Sloboda, Milan Blagojevic and Krusik. Die Gesamtzahl staatlicher und privater Firmen in dem Bereich der Rüstungsproduktion werden auf 180 bis 270 geschätzt.

Produktion und Export von Munition machen den Löwenanteil der serbischen Rüstungsexporte aus. Empfänger für moderne Panzerabwehrmunition oder Mörsergranaten lassen sich in der ganzen Welt finden, vorwiegend jedoch unter alten Verbündeten Jugoslawiens, wie z. B. Libyen und dem Irak. Einige Rüstungsunternehmen haben Herstel-

lung und Export in den vergangenen Jahren erfolgreich diversifiziert. Inzwischen werden auch mobile Haubitzen, Trainingsflugzeuge, Feuerleitkontroll- und Panzerabwehrsysteme für den Export produziert.

Insgesamt ist eine erfolgreiche Modernisierung der serbischen Rüstungsindustrie festzustellen. Dennoch ist der von der Regierung gewünschte Schritt zur Produktion hochtechnologischer Waffensysteme bis heute nicht erfolgt. Serbiens Anstrengungen, im globalen Rüstungsmarkt eine neue Rolle einzunehmen, werden insbesondere von den staatlichen Rüstungsherstellern unter dem Dach von Yoguimport-SDPR forciert. Bedeutend ist hierbei auch die grenzübergreifende Rüstungskooperation mit Kroatien, die in einem formellen Kooperationsabkommen im Juni 2010 besiegelt wurde. Zuletzt wurde bekannt, dass die Vereinigten Arabischen Emirate 150 Millionen US-Dollar in die serbische Rüstungsindustrie investieren wollen, um Panzerhaubitzen und ALAS Lenkraketen zu entwickeln. Die VAE verfolgen das Ziel, ihre technologischen Fähigkeiten in der Rüstungsindustrie durch Kooperation mit anderen Staaten zu vergrößern.

Ein weiterer wichtiger Akteur ist das Military Technical Institute (MIT), eine Forschungseinrichtung, die verschiedenste Waffensysteme entwickelt und die serbischen Streitkräfte mit bis zu 75 Prozent der verwendeten Waffen und Ausrüstungen beliefert. Das MIT produziert ebenfalls für den Export. Exportschlager der serbischen Industrie sind etwa das Artilleriesystem Nora B-52 (155-mm-Radhaubitze), der ALEKSANDAR MGS-25 (einer Version des B-52 für den arabischen Markt) und die verschiedenen Militärfahrzeuge der Familie Lazar und Milosh sowie die ALAS-Familie (Mehrzweck-Lenkflugkörper, welche teilweise auch zu Aufklärungszwecken genutzt werden können). Ein Exporterfolgswort sind dabei die relativ niedrigen Kosten bei gleichzeitig hoher Qualität. 2020 und 2021 wurden jeweils von serbischen Privatunternehmen auch Drohnen entwickelt und auf den Markt gebracht, eine davon in Kooperation mit China. Auch unbemannte Landfahrzeuge (Little Milosh) und unbemannte Helikopter (Strsljen/X-01) gehören mittlerweile zum Repertoire. Neben China und den VAE kooperieren auch die USA, Griechenland und Zypern verstärkt mit Serbien.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

28.150 aktiv, davon:

Heer: 13.250

Luftwaffe: 5.100

Ausbildungseinheit: 3.000

Wachen: 1.600

Andere Einheiten des Verteidigungsministeriums: 5.200

Reserve: 50.150

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 3.700, davon:
Gendarmerie: 3.700

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	28	28	28	28	28	18	28	28	28
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,9	3,9	4	4	4	2,6	4,1	4,1	4,1

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7
Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	229	
Schützenpanzer	335	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	95	
Aufklärer	76	
Bergepanzer	Einige	M84A1; T-54/T-55
Brückenlegepanzer	Einige	MT-55; TMM
Pionierpanzer	Einige	IWT
Artillerie	449	
Panzerabwehr	48	Zusätzlich einige rückstoßfreie Abschussgerä- te und tragbare Panzerabwehrlen- k-waffensysteme, darunter AT-3 <i>Sagger</i> und AT-4 <i>Spigot</i>
Luftabwehr	94	Zahl der Boden-Luft-Raketen, zusätzlich 44 Geschütze
Drohnen	6	Kampfdrohnen (<i>CH-92A</i>)

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Weitere Heereinheiten:

River Flotilla:

5 Patrouillenboote

5 Mehrzwecklandungsboote

3 Logistik- und Unterstützungsschiffe

4 Minenboote

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Das Heer ist neben den anderen Teilstreitkräften ebenfalls seit dem Jahr 2000 Teil einer umfassenden Strukturreform, im Rahmen derer die Anzahl der aktiven Soldat:innen radikal verringert wurde. Seit der Abschaffung der Wehrpflicht im Jahr 2011 hat das Heer massive Probleme, weiterhin ausreichend Streitkräfte zu rekrutieren. Traditionell ist das Heer die wichtigste Teilstreitkraft und primär auf die Landesverteidigung ausgerichtet. Zur Erfüllung dieser Aufgabe dienen jedoch vorwiegend veraltete Rüstungsgüter aus dem ehemaligen Jugoslawien. Einige der Güter sollen einer modernen Kampfwertsteigerung unterzogen und altes Gerät aussortiert werden. 2017 kündigte Russland eine zeitnahe Lieferung von 30 T-72 Kampfpanzern und 30 gepanzerten Fahrzeugen (BRDM-2MS) als Schenkung an, 2021 wurden diese übergeben.

Ebenso ist erklärtes Ziel der serbischen Regierung, das Militär europäischen bzw. NATO-Standards anzugleichen und gleichzeitig für Einsätze der Vereinten Nationen vorzubereiten. Hierzu hat Serbien auch im Jahr 2014 auch einen Individual Partnership Action Plan mit der NATO unterzeichnet. Neben einer Professionalisierung der Armee im Zuge der Reform, ist die politische Führung ebenfalls bestrebt, moderne Waffen und Ausrüstung anzuschaffen, um das Heer auf zukünftige Aufgaben vorzubereiten. So soll etwa der Bestand von (selbstfahrenden) Luftabwehrgeschossen verbessert werden, wie auch die Bestellung von 50 Boden-Luft-Raketen im Jahr 2019 zeigt.

Tabelle 8

Marine

Die serbische Marine wurde nach der Unabhängigkeit 2006 nach Montenegro transferiert. Lediglich die Fluss-Flotille (Danube Flotilla) ist unter serbischer Kontrolle verblieben und wurde den Landstreitkräften zugeordnet.

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Serbiens Marine wurde mit der Abspaltung Montenegros an dieses Land übergeben. Angesichts des Verlusts von Zugängen zum Meer und den Seehäfen verfügt Serbien heute lediglich über eine Flottille, die jedoch im Zuge der Militärreform den Landstreitkräften unterstellt wurde (siehe Box 2). Aufgabe der Marineeinheit ist es, die nationalen Wasserstraßen zu schützen. Mit Ausnahme des Kommandoschiffs, das aus österreichischer Produktion stammt, verfügte die serbische Marine über Schiffe aus dem ehemaligen Jugoslawien, vorwiegend Minensuchboote und kleinere Patrouillenboote.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	Mehr als 14	
Abfangjäger	17	
Aufklärungsflugzeuge	10	Alle kampffähig
Ausbildungsflugzeuge	44	Davon 19 kampffähig
Transportflugzeuge	8	
Kampfhubschrauber	6	
Mehrzweckhubschrauber	52	
Transporthubschrauber	8	
Raketen	Einige	AA-8 <i>Aphid</i> , AGM-65 <i>Maverick</i> , A-77 <i>Thunder</i>
Luftabwehr	45	Zahl der Flugabwehrraketen und Geschütze; zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme (u. a. 9K310 <i>Igla-1</i>)

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Serbiens Luftwaffe ist ebenfalls Teil der umfassenden Militärreform, die auch dieser Teilstreitkraft neue Aufgaben zugeschrieben hat. Primäre Aufgabe ist gegenwärtig der Schutz und die Kontrolle des Luftraums und die Unterstützung der Bodentruppen. Den Kern der Luftwaffe bilden russische MiG-21 und MiG-29 Kampfflugzeuge. Zwischen 2007 und 2008 wurden bis zu fünf MiG-29 generalüberholt und modernisiert. Zudem wurden seit 2012 das 2K12 Kub-Flugabwehrsystem (SA-6 „Gainful“) und P12-Frühwarn-Radargeräte modernisiert. 2021 wurde die weitere Modernisierung von P12- und P-18 Langstreckenüberwachungsradaren sowie von Orao-Bodenkampfflugzeugen angekündigt.

Neun Super Galeb G-4 Stahltrainer befanden sich bereits in der Modernisierung, 2017 wurde in Erwägung gezogen, den Auftrag für 15 weitere an Airbus zu vergeben. Belgrad ist weiterhin bestrebt, die bereits veraltetete Flotte mit Mehrzweckjagdflugzeugen zu ersetzen. In Betracht gezogen werden russische MiG und Sukhoi, französische Rafale, schwedische Gripen oder US-amerikanische F-16 Kampfflugzeuge. Von 2016 auf 2017 hat sich der Bestand an Jagdbombern von 30 auf sieben verringert. 2017 schenkte Russland Serbien sechs MiG-29-Kampffjets. Laut dem serbischen Verteidigungsministerium sollen die Kampffjets vollständig modernisiert werden und seit 2021 gilt die MiG-29 Flotte mit 14 Stück, nach den letzten Lieferungen aus Belarus, als komplett.

Schon 2016 profitierte die Luftwaffe von russischen Schenkungen (z. B. Mi-17V-5 Helikopter). Im Dezember 2016 wurden sechs Mehrzweckhubschrauber des Typs H145M angeschafft. Um die Luftverteidigung sicherzustellen und die Unterstützung von Bodentruppen zu garantieren, hat Serbiens Regierung ebenfalls Teile der Hubschrauberflotte in den vergangenen Jahren modernisiert. Deutschland lieferte hierzu zwischen 2018 und 2020 sechs EC145 Helikopter.

Der serbischen Luftwaffe mangelt es derzeit jedoch noch immer an Pilot:innen.

Box 3

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 1 Soldat:in

Libanon (UNIFIL): 177 Soldat:innen

Mali (EUTM Mali): 3 Soldat:innen

Naher Osten (UNTSO): 1 Soldat:in

Somalia (EUTM Somalia): 6 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (EUTM RCA): 7 Soldat:innen

(MINUSCA): 76 Soldat:innen

Zypern (UNFICYP): 8 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Seit mehr als zehn Jahren befindet sich das serbische Militär in einem Veränderungsprozess. Eine umfassende Sicherheits- und Verteidigungsreform hat zu erheblichen Erneuerungen geführt. Traditionell verfügt das serbische Militär über eine starke Position innerhalb der Gesellschaft und erinnert noch heute teilweise in seiner Funktion und Rolle an das des ehemaligen Jugoslawiens. Damals war es nicht nur eines der stärksten innerhalb Europas, sondern auch ein Stützpfeiler der Gesellschaft. Die historische Verankerung geht einerseits auf ihre bedeutende Rolle bei dem Aufbau des serbischen Staates, andererseits auf ihre Rolle als soziale Aufstiegsmöglichkeit für die unteren Schichten der Gesellschaft zurück.

Im Gegensatz zu der Zeit Jugoslawiens war das Militär in Serbien jedoch nicht von der gesamten Bevölkerung so anerkannt. Insbesondere die Jugend und junge Erwachsene nahmen eine kritische Position gegenüber dem Militär ein. Weil Milosevic (Präsident des

(sozialistischen) Serbiens und Jugoslawiens; 1989 – 2000) dem Militär misstraute, versuchte er seinen Einfluss durch den Ausbau der Polizei und des Geheimdienstes zurückzudrängen. Während der Aufstände im Jahr 2000 intervenierte das Militär nicht und trug so maßgeblich zum Sturz von Milosevic bei. Nach seinem Sturz übernahm das Militär erneut wichtige Funktionen innerhalb des Staates und konnte seine Position festigen.

Infolge zahlreicher Konflikte und dem Einsatz des Militärs im Inneren haben sich Funktion und Ansehen des Militärs innerhalb der Gesellschaft maßgeblich gewandelt. Seit Ende des Kalten Krieges kommt dem Militär eine eher zwiespältige Rolle zu. So untergrub es teilweise demokratische Bestrebungen, war andererseits teilweise aber auch Katalysator für diese. Hinzu kommt, dass das Militär lange Zeit mit Kriegsverbrechen und als Zufluchtsort zahlreicher Kriegsverbrecher:innen von der Bevölkerung in Verbindung gebracht wurde, es durch eine Reform jedoch wieder zu einer deutlichen Verbesserung des Ansehens der Streitkräfte kam. Nach dem Sturz Milosevics sollte eine demokratische Kontrolle über das Militär etabliert werden. So wurde z. B. der Generalstab dem Verteidigungsministerium unterstellt, das nach den Verfassungsänderungen von 2003 und 2006 sowie der Militärreform zivil geführt wird. Dennoch ist das serbische Parlament bis heute sehr zurückhaltend und zögerlich bei der Ausübung von Kontrollfunktionen. Durch einige Gesetzesänderungen verfügt die Bevölkerung ebenfalls über gewisse Kontrollfunktionen. So kann die Zivilgesellschaft durch ein Mehr an Transparenz und öffentlicher Aufmerksamkeit, etwa im Bereich des Verteidigungsbudgets, stärkere Kontrollfunktionen ausüben. Dennoch bergen demokratische Rückschritte in den letzten Jahren und der ungeklärte Status des Kosovo das Potenzial für erneute Militarisierungstendenzen.

Mit Beginn des Jahres 2011 wurde die Wehrpflicht in Serbien offiziell abgeschafft. Diese Maßnahme wird regelmäßig öffentlich debattiert, hatte auf die Verankerung der Streitkräfte innerhalb der Gesellschaft und ihr Ansehen aber bisher keine großen Auswirkungen. Eine Erhebung im Jahr 2013 ergab, dass die Streitkräfte weiterhin ein hohes Ansehen in der serbischen Bevölkerung genießen und das Militär für die Bürger:innen zu einer der vertrauenswürdigsten Institutionen zählt. Auch einer Umfrage des Belgrader Zentrums für Sicherheitspolitik im Jahr 2020 zufolge haben 65 Prozent der Befragten Vertrauen in die Streitkräfte und halten sie für die am wenigsten korrupte Institution des Landes. 73 Prozent der Befragten sind für die Wiedereinführung der Wehrpflicht, was jedoch nicht auf ein verstärktes Sicherheitsbedürfnis zurückgeht, sondern von einer Mehrzahl der Befürworter:innen mit einer Disziplinierung der Jugend und Traditionen begründet wird. In diesem Sinne wird dem Militär also auch eine erzieherische Funktion zugeschrieben, vor allem aber unter älteren Befragten.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
--	------	------	------	------	------

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Parallel zur Militärreform begann trotz zahlreicher Hindernisse eine weitreichende und umfassende Sicherheitssektorenreform. Fast zehn Jahre nach Beginn der Reform konnte im Jahr 2009 mit der Verabschiedung des zukünftigen rechtlichen Rahmens und der Etablierung demokratischer Kontrollmechanismen die erste Phase der Reform abgeschlossen werden.

Neben dem Militär sind insbesondere die Polizei und der Geheimdienst Gegenstand der Sicherheitssektorenreform. Derzeit verfügt Serbien über drei Geheimdienste: Einen zivilen, den Security Information Service (BIA), und zwei militärische, den Military Intelligence Service (VOA) und die Military Security Agency (VBA). Eine Reform des Geheimdienstes ist weiterhin aufgrund der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen nur äußerst begrenzt möglich. Nach dem Ende des Milosevic-Regimes war der politische Wille der neuen Führung nicht ausreichend, um die illegalen Aktivitäten und den politischen Einfluss des Geheimdienstes zu unterbinden und Strukturen zu reformieren. Es wurden einige Gesetze geändert und Strukturen zur Überwachung des Geheimdienstes innerhalb des Parlaments geschaffen. Letztere sind jedoch unzureichend und stellen lediglich den Beginn einer wirklichen Reform dar. In der Praxis ist die parlamentarische Kontrolle kaum funktionsfähig, da sie nicht ausgeübt wird. Selbst das Verteidigungsministerium forderte öffentlich, die Kontrolle über den Geheimdienst zu stärken und zu verbessern.

Eine umfassende Polizeireform stand nach dem Sturz Milosevics ganz oben auf der politischen Tagesordnung und blieb dort während der verschiedenen Regierungen in den letzten Jahren, da die Polizei als Instrument des Milosevic-Regimes galt und daher innerhalb der Gesellschaft kein hohes Ansehen genoss. Auch wenn der politische Wille vorhanden ist, vollzog sich die Reform eher auf der politischen Ebene, während es bei der Umsetzung und Implementierung in der Praxis weiterhin Defizite zu bemängeln gibt. Durch eine unsystematische Umsetzung der Reform, ohne größeren Plan und Strategie, sind die eigentliche Ziele, die Polizei zu de-kriminalisieren, de-politisieren, demilitarisieren sowie eine Dezentralisierung einzuleiten, bis heute nur bedingt erreicht. Gegenwärtig unterstehen die etwa 28.000 uniformierten Polizist:innen des Landes dem Innenministerium (Stand: 2016) und sind u. a. unterteilt in Zoll, Kriminalpolizei, Grenzpolizei sowie zwei Anti-Terror-Einheiten, die „Special Antiterrorist Unit“ und die „Counterterrorist Unit“.

Außer den staatlichen Sicherheitskräften gibt es ebenfalls einen großen Markt privater Sicherheitsanbieter, der im letzten Jahrzehnt deutlich gewachsen ist. Mit dem Beginn der Sicherheitssektorenreformen und der damit verbundenen Verkleinerung der Streitkräfte und der Polizei drängten viele Menschen auf den Markt, um ihre Fähigkeiten anzubieten. Schätzungen zufolge gibt es derzeit etwa 3.000 private Sicherheitsunternehmen, die annähernd 30.000 Menschen beschäftigen.

Der o.g. Umfrage des Belgrade Centres for Security Policy zufolge wird die Polizei im Jahr 2020, im Gegensatz zu den Streitkräften, von mehr als 70 Prozent der Befragten als überwiegend oder vollständig korrupt bezeichnet. Auch gibt mehr als die Hälfte der Befragten an, die Polizei schütze nicht die Bürger:innen, sondern die Interessen von Kriminellen, Politiker:innen und Reichen.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Nicht kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten (Unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Serbien ist dem Großteil der internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge beigetreten und bekennt sich zur Bedeutung der internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsanstrengungen im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer internationaler sowie regionaler Initiativen. Serbien ist als Nachfolger des ehemaligen Jugoslawiens Mitglied der regionalen Rüstungskontrollvereinbarung mit Bosnien und Herzegowina und Kroatien, das die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme in den Ländern begrenzen soll und ihnen Recht zur Inspektion einräumt.

Gegen Serbien sind derzeit weder Sanktionen der Vereinten Nationen noch der Europäischen Union verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern,	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002		
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2020**

The Republic of Serbia is a constitutional, multiparty, parliamentary democracy, led by a president. The country held extraordinary elections for seats in the unicameral National Assembly (parliament) on June 21 and presidential elections in 2017. International observers stated the country efficiently organized the June 21 elections in difficult circumstances, but the dominance of the ruling party, the opposition parties' lack of access to the media, and the lack of media diversity overall limited voters' choice. A coalition led by President Aleksandar Vucic's Serbian Progressive Party won an overwhelming majority with more than 60 percent of the vote. The Republic Electoral Commission ruled that elections had to be rerun in 234 of 8,253 municipalities—an unusually high number—due to calculation errors in the voting and other confirmed irregularities. In 2017 Vucic, leader of the Serbian Progressive Party, was elected president, winning approximately 55 percent of the vote in the first round. International observers stated that the 2017 presidential election was mostly free but that campaigning ahead of these elections was tilted to benefit the ruling party. The national police maintain internal security and are under the control of the Ministry of Interior. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. Members of the security forces committed some abuses. Significant human rights issues included: serious restrictions on free expression and the press, including violence, threats of violence, and unjustified arrests and prosecutions against journalists; numerous acts of government corruption; crimes involving violence or threats of violence targeting persons with disabilities; and crimes, including violence, targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, and intersex individuals. The government took steps to identify, investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses, both in the police force and elsewhere in the government, following public exposure of abuses. Nevertheless, many observers believed numerous cases of corruption, social and domestic violence, attacks on civil society, and other abuses went unreported and unpunished.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/serbia/>

Box 5**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021**

Serbia failed to indict any former senior police or military commanders for war crimes and resolution of the fate of missing persons stalled. Protesters and journalists were seriously injured in the

capital, Belgrade, when police used excessive force. Few refugees gained access to asylum. Protections against domestic violence remained inadequate.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021

<https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/serbia/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Serbien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 41/60

Politische Rechte: 21/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (62/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Serbia is a parliamentary democracy with competitive multiparty elections, but in recent years the ruling Serbian Progressive Party (SNS) has steadily eroded political rights and civil liberties, putting pressure on independent media, the political opposition, and civil society organizations.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/serbia/freedom-world/2022>

Kommentar

Seit den Parlamentswahlen 2016 und der Machtübernahme von Aleksandar Vucic in Folge der Präsidentschaftswahlen 2017 hat sich die Menschenrechtslage in Serbien verschlechtert, was sich mit den Parlamentswahlen 2020, die von zahlreichen Oppositionsparteien boykottiert wurden und zu einem erneuten Wahlsieg der SNS-Koalition führten, manifestiert hat. Amnesty International zufolge hat die zunehmend autoritäre Regierung die Medienfreiheit aktiv eingeschränkt. Während Medien, die die Regierung unterstützen, mit finanziellen Mitteln gefördert werden, werden regierungskritische Medien mittels auferlegter Steuern und gerichtlicher Verfahren schikaniert sowie eingeschüchtert. Hat Serbien im Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ im Jahr 2017 noch auf Platz 66 von 180 Staaten gelegen, rangierte es im Jahr 2020 nur noch auf Platz 93. Neben dem unzureichenden Schutz von Journalist:innen ist auch die Situation von Menschenrechtsaktivist:innen teils prekär. Viele werden regelmäßig bedroht und erfahren Einschüchterungsversuche. Straflosigkeit und Korruption im Sicherheitssektor sowie die Missachtung von Rechten durch die Polizei und in den Gefängnissen sind in Serbien große Probleme. Immer wieder werden Berichte über korruptes Verhalten der Polizei oder über rechtswidrige Verhaftungen veröffentlicht. Auch Übergriffe durch die Polizei und die Androhung von Gewalt sind verbreitet. Die Rechtsstaatlichkeit wird von der Regierung zunehmend untergraben. Jüngste von der Regierung verabschiedete Gesetze machen die Judikative abhängiger von der Regierung und weniger widerstandsfähig ge-

genüber politischem Druck. Weitere Defizite im Bereich Menschenrechte bestehen etwa in Bezug auf den Minderheitenschutz und den Kampf gegen Diskriminierung. Beim Minderheitenschutz gibt es keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen und in der Praxis sehen sich die betroffenen Gruppen, wie z. B. die Rom:nja und Sinti:zze, häufig sozialer Exklusion und ärmlichen Lebensumständen ausgesetzt.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

Serbia's political system is characterized by the dominance of one political party ruling on the national and provincial levels, as well as in most local government units. Parliamentary elections held in April 2016, presidential elections in 2017, and partial local elections in 2017 and 2018 were fairly free and competitive, but each election was characterized by biased media coverage and the incumbent governing elites enjoying undue advantages. Civil society exerts only a weak impact on public policies, as governmental bodies do not regularly hold public discussions and consultations on draft legislation and policy proposals. The existing system of "checks and balances" is seriously challenged. The strategic priorities set by the government are undermined due to the fact that several parliamentary elections have been held since 2012. Although state power is subject to the law, it has recently been undermined, particularly since several laws have been passed in recent years through the use of procedures originally conceived to be used in urgent cases only. In addition, the independence of bodies such as the Ombudsman and the Commissioner for Information of Public Importance and Personal Data have been compromised as they are often limited to making recommendations on issues regarding public impact. For the most part, minority rights are respected in ways compatible with the constitution, which defines Serbia as a multi-cultural country. Media independence and pluralism has seriously declined. The judiciary is not free of political influence and is further plagued by inefficiency, nepotism and corruption. Recent constitutional amendments threaten to further erode the judiciary system by making it more dependent on the executive branch and less resilient to political pressures. Anti-corruption policy is not consistent, since there are few judicial verdicts regarding high state officials, and activities and measures envisaged in anti-corruption strategy and action plan are not fully implemented.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Serbien auf Platz 96 (2020: Platz 94), zusammen mit Argentinien, Brasilien, Indonesien, Lesotho und der Türkei. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Einen der größten Konflikte im Land stellt die Abspaltung Kosovos im Jahr 2008 dar. Seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung kämpft auf der einen Seite die albanische

Mehrheit des Kosovo um ihre staatliche Anerkennung. Auf der anderen Seite besteht die serbische Regierung weiterhin darauf, dass der Kosovo ein integraler Bestandteil Serbiens ist. Während beide Regierungen versuchen den Konflikt diplomatisch zu lösen, kommt es in der Grenzregion, insbesondere in der Stadt Mitrovica, immer wieder zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der albanisch stämmigen Bevölkerung und den im Kosovo lebenden Serb:innen. Nur mit Hilfe internationaler Truppen und der kosovarischen Polizei können die Gruppen getrennt werden. Auch der Versuch der kosovarischen Regierung, im serbisch dominierten Teil des Landes mehr administrative Kontrolle durch den Aufbau von Verwaltungsstrukturen zu erlangen, führte zu gewaltsamen Protesten und Ausschreitungen. Im Januar 2017 kam es zur Zunahme an Spannungen zwischen dem Kosovo und Serbien. Der Höhepunkt war die Entsendung eines mit serbischen Nationalfarben und nationalistischen Parolen versehenen Personenzugs. Der Kosovo reagierte mit einer Grenzverstärkung durch Spezialeinheiten und bewaffnete Fahrzeuge. Unter EU-Vermittlung trafen sich beide Staaten in Brüssel zu einem „Dialog der Normalisierung“. 100 Staaten haben den Kosovo mittlerweile als unabhängigen Staat anerkannt, darunter 23 EU-Mitgliedsstaaten. 2020 trafen sich beide Konfliktparteien dann im Weißen Haus in den USA und unterzeichneten eine weitere Übereinkunft, die den Konflikt entspannen soll und zunächst gegenseitige Versprechen zu Maßnahmen für das nächste Jahr enthält.

Seit 2015 zeichnet sich eine zunehmende Thematisierung der stark gestiegenen Zahl von Geflüchteten ab, die zumeist auf die Weiterreise in die EU warten. Seit Juli 2016 werden aufgrund dessen Soldat:innen an den Grenzen eingesetzt. Insgesamt geht Serbien in Relation zu den Nachbarstaaten mit geringerer Restriktion und politischer Mobilisierung gegen die Geflüchteten vor. Aufgrund der unzureichenden infrastrukturellen Mittel und einer sich andeutenden staatlichen Überforderung ist ein Wandel dieser Politik jedoch nicht auszuschließen. Die deklarierte Schließung der Balkanroute konnte die Situation für Serbien nicht hinreichend entschärfen. Insbesondere durch die restriktive Politik Ungarns, wo Geflüchtete bis zu acht Kilometer hinter der Grenze nach Serbien zurückgeschickt werden, ist das Land zu einer Art Sackgasse für geflüchtete Menschen geworden.

Im Nachgang der Wahlen 2016-2017 und der zunehmenden Entwicklung zum Einparteienstaat unter der Regierung von Präsident Vucic brachen Ende 2018 die weitreichendsten Proteste seit der Jahrtausendwende aus. Anlass waren zahlreiche Skandale, in die Regierungsmitglieder verwickelt sind. Angefangen in Belgrad sind Demonstrationen dann auch in anderen Städten entstanden. Die Regierung hat die Protestierenden regelmäßig öffentlich dämonisiert. Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie haben sich massive Proteste gegen die von der Regierung erlassenen Maßnahmen entwickelt. Im Zuge dessen kam es zu gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei, welche Tränengas einsetzte, sowie einem Sturm auf das Parlamentsgebäude durch die Demonstrierenden.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Serbien liegt im südwestlichen Teil des Balkans und somit am Rande des ehemaligen Jugoslawiens, das nach dem Krieg in den 1990er Jahren zerfiel. In unmittelbarer Nachbarschaft liegen Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie der Kosovo. Aufgrund der geographischen Nähe zur EU besteht seitens der EU-Mitgliedsstaaten ein direktes sicherheitspolitisches Interesse an dem Land und der gesamten Region. Das internationale Engagement des Westens in den Ländern des Balkans ist stark sicherheitspolitisch geprägt, politische und wirtschaftliche Entwicklung treten in den Hintergrund.

Politische Situation in der Region

Sowohl die politische Situation als auch die allgemeine Konfliktlage in der Region bleiben instabil und angespannt. Die Konflikte der Vergangenheit, wie etwa in Mazedonien, im Kosovo sowie dem föderalen Staatsgebilde Bosnien und Herzegowina, zeigen, dass selbst mehr als jahrzehntelanges internationales Engagement nicht verhindern konnte, dass die (sicherheits-)politische, wirtschaftliche und soziale Situation auf dem Balkan weiterhin problematisch ist. Dabei waren nicht nur die internen Zerfallsdynamiken in dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens entscheidend. Negativ auf die Stabilisierung der Balkanländer wirken sich auch die weiterhin schwachen Staatsstrukturen, die unzureichenden wirtschaftlichen Fortschritte und die vielen ungelösten ethnischen Spannungen und Konflikte aus, die wiederum durch die neu geschaffenen föderalen Staatsstrukturen teilweise noch verschärft wurden. Einige Fortschritte in Bezug auf politische und gesellschaftliche Stabilität sowie positive wirtschaftliche Entwicklungen im Zuge eines möglichen EU-Beitritts einiger Länder der Region werden immer wieder von organisierter Kriminalität und illegalem Waffenhandel bedroht. Die Unabhängigkeit des Kosovo sorgt für weitere Spannungen in der Region und entfacht besonders in Serbien einen politischen Streit. Während die serbische Regierung versucht, die Abspaltung und Unabhängigkeit des Landes mit politisch-diplomatischen Mitteln zu bekämpfen, ist es der Druck der serbischen Nationalist:innen auf der Straße, der zu weiteren Anspannungen führt.

Im Februar 2015 entschied der Internationale Gerichtshof, dass sowohl Serbien als auch Kroatien vom Vorwurf des Völkermordes freigesprochen werden. Die beiden Staaten hatten sich gegenseitig verklagt. Im Januar 2016 kam es erneut zu Spannungen zwischen den beiden Ländern. Serbien warf Kroatien insbesondere vor, dass der Staat mit Hilfe der USA und der NATO massiv aufrüsten würde. Serbien appellierte deshalb an Washington, durch Waffenlieferungen das militärische Gleichgewicht im Balkan nicht zu gefährden und initiierte Gespräche mit Russland über mögliche Gegenmaßnahmen.

Grenzkonflikte

Zwischen Serbien und dem Kosovo schwelt seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung ein offener Grenzkonflikt. Da Serbien den kosovarischen Zollstempel nicht akzeptiert und anerkennt, kann der Kosovo keinerlei Waren nach Serbien exportieren. Im Sommer 2011 eskalierte der Konflikt, als die kosovarische Spezialpolizei Grenzposten

besetzte, um ein Importembargo gegen serbische Waren durchzusetzen. Im Zuge dessen kam es an der Grenze zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Spezialpolizei und serbischen Nationalist:innen, bei denen mehrere Menschen verletzt und getötet wurden. NATO-geführte Truppen der KFOR besetzten daraufhin die Grenzposten, um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen und weitere Gewalt zwischen den ethnischen Gruppen zu verhindern. Die Gewalt konnte zunächst eingedämmt werden. Unter Vermittlung der EU wurde im April 2013 einem Normalisierungsabkommen zwischen dem Kosovo und Serbien zugestimmt, durch das festgelegt wurde, dass der serbischen Minderheit im Nord-Kosovo ein Selbstverwaltungsrecht zusteht, jedoch dem Kosovo-Staatsverband angehört. Dazu wurden diesen Gebieten bspw. eigene Polizeieinheiten zugesprochen, die aber als Teil der kosovarischen Polizei agieren. Zudem soll ein spezielles Berufungsgericht für Serb:innen geschaffen werden. Die serbische Minderheit im Kosovo wehrt sich teilweise dennoch dagegen, kosovarisches Personal in das von ihr beanspruchte Gebiet zu lassen. Im Zuge der Verhandlungen konnte keine Einigung zu den Blockadeversuchen Serbiens, die einen Zugang des Kosovo zu internationalen Organisationen verhindert, gefunden werden. Im Januar 2014 bestätigte die damalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini trotz der Zweifel an der Umsetzung des Normalisierungsabkommens dessen Erfolg, was die Basis für die darauffolgenden EU-Beitrittsverhandlungen darstellte. Im September 2020 kam es zur Annäherung, als beide Konfliktparteien unter Vermittlung der US-Regierung ein Übereinkommen unterzeichneten, in dem wirtschaftliche sowie diplomatische Vereinbarungen getroffen wurden (etwa die Einrichtung einer Freihandelszone), deren Implementierung abzuwarten bleibt.

Zwischen Serbien und Kroatien gab es gleichfalls ungelöste Grenzfragen. Serbien beanspruchte zwei kleine Inseln in der Donau, während die kroatische Grenze teilweise durch serbische Dörfer verläuft. Nach kontinuierlicher Verbesserung der Beziehung zwischen den beiden Ländern konnte im Juni 2016 ein als historisch bezeichneter Pakt beschlossen werden, durch den die Grenzkonflikte beigelegt wurden und den jeweiligen Minderheiten in den Ländern mehr Rechte zugesprochen werden sollen. Die Beziehung gilt jedoch weiterhin als angespannt und die langfristige Anerkennung der Einigung als ungewiss.

Bosnien und Herzegowina und Serbien streiten sich ebenfalls über ungelöste Grenz- und Territorialfragen entlang der Flüsse Drina und Lim. Serbische Dörfer sind vom Territorium Belgrads abgeschnitten. Nach vier Jahren Stillstand haben beide Staaten im Mai 2010 wieder diplomatische Verhandlungen aufgenommen. Serbien hat einen Landtausch vorgeschlagen, eine Einigung konnte aber noch nicht gefunden werden. Die Beziehungen Serbiens zu seinen Nachbarn sind nach wie vor angespannt.

Im Zusammenhang mit den immensen Fluchtbewegungen nach Europa kam es vermehrt auch zu Spannungen zwischen Ungarn und Serbien. Im Juli 2016 trat in Ungarn ein Gesetz in Kraft, demzufolge Personen ohne gültige Einreisedokumente innerhalb eines acht Kilometer breiten Streifens hinter der serbisch-ungarischen Grenze in Transitzonen zurückgebracht werden können. Somit wird die Verantwortung faktisch wieder auf Serbien übertragen. Serbien hält dieses Gesetz für völkerrechtswidrig.

Regionale Rüstungskontrolle

Auf dem Balkan existiert seit 1995 ein regionales Rüstungskontrollregime, das zwischen Kroatien, Serbien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina geschlossen und in den folgenden Jahren stetig erweitert wurde. Es begrenzt die Anzahl konventioneller Großwaffensysteme für die beteiligten Länder. Mit Hilfe der OSZE ist das Rüstungskontrollabkommen in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzt worden, sodass die Bestände an konventionellen Großwaffen heute unterhalb der vereinbarten Grenzen liegen. Zentrale Merkmale dieses Kontrollabkommens sind die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft bei Einhaltung und Durchführung der Bestimmungen sowie die angestrebte militärische Balance zwischen den Staaten auf dem Balkan.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Unter dem Kommando der Kosovo Force (KFOR) sind circa 3.760 Soldat:innen aus 28 Staaten in der Region stationiert. Zusätzlich ist auch internationales Personal im Rahmen der OSZE in Serbien stationiert und unterstützt die Regierung Serbiens in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte und Minderheitenschutz sowie Entwicklung der Medienlandschaft. Darüber hinaus haben die Tschechische Republik, Moldawien, Polen, Rumänien, die Türkei und die Ukraine Beobachter:innen für die Mission UNMIK entsendet.

Das Mandat für das Bundeswehrrkontingent im Rahmen der KFOR beinhaltete eine aktuelle personelle Mandatsobergrenze von 400 deutschen Soldat:innen. Letztmalig stimmte das Parlament der Verlängerung des Einsatzes am 14. Juni 2018 zu. Zum Jahresende 2018 wurde die Einsatzliegenschaft der Bundeswehr im Kosovo, das Feldlager Prizren, nach 19-jähriger Nutzung an UNMIK übergeben. Die verbleibenden deutschen Kräfte operieren vom Camp Film City, dem Hauptquartier der KFOR in Pristina. Der Personalansatz für die deutsche KFOR-Beteiligung wurde ab 2019 angepasst und liegt aktuell bei 80 Soldat:innen.

Des Weiteren läuft seit 2008 eine europäische zivile Mission (EULEX) im Kosovo, im Rahmen derer Polizist:innen, Richter:innen, Gefängnisaufseher:innen und Zollbeamte entsandt sind und beobachtende und beratende Tätigkeiten übernehmen.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Serbien 66 Prozent im Jahre 2017 und ist damit im Vergleich zu dem vorherigen Erhebungsjahr um einen Prozentpunkt gesunken (2015: 67 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten des Balkans weist Serbien einen erhöhten Wert auf. Der dadurch entstandene Schaden belief sich 2017 auf 51 Millionen US-Dollar, 2015 waren es 54 Millionen US-Dollar.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Für Serbien besteht gegenwärtig keine direkte Bedrohung durch internationalen Terrorismus. Es ist allen relevanten Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Das Land hat sowohl mit Albanien und Bosnien und Herzegowina als auch mit Israel und Zypern bilaterale Abkommen zur Terrorismusbekämpfung unterzeichnet. In der Vergangenheit haben serbische Spezialkräfte auch an vom FBI durchgeführten regionalen Trainingsprogrammen zur Terrorismusbekämpfung teilgenommen. Es gibt einige terroristische Gruppen in Serbien, die immer wieder versuchen, das Land durch Anschläge zu destabilisieren oder in der Grenzregion zum Kosovo die Lage anzuheizen. Diese Gruppen sind auch intensiv in die organisierte Kriminalität – Menschenhandel, Geldwäsche und Schmuggel – involviert und dort auch aktiv. Darüber hinaus sind einige Serb:innen Mitglieder in global agierenden, radikal-islamistischen Gruppierungen. Im Jahr 2009 hat das serbische Parlament erstmals ein umfassendes Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche und Finanzierung terroristischer Gruppen verabschiedet, das seither erweitert wurde.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Internationale und organisierte Kriminalität ist weiterhin ein großes Problem in Serbien. Die OSZE-Mission hat die serbische Regierung seit 2001 maßgeblich bei ihrer Bekämpfung unterstützt. Allgemein sind das Land und die gesamte Region ein wichtiger Umschlagsplatz für Drogen und Zigaretten und damit Einfallstor von Schmuggelware in die EU. Auch für Waffen und im Bereich des Menschenhandels ist das Land eine Drehscheibe der organisierten Kriminalität. Geldwäsche droht auszufern. Teilweise genießen kriminelle Gruppen Unterstützung aus der politischen Elite, der Wirtschaft und einigen Sicherheitsbehörden und greifen somit auf ein Netzwerk zurück, das über Jahre aufgebaut wurde und bis in die 1990er Jahre zurückreicht. Dennoch sind auch in Serbien Erfolge im Kampf gegen das organisierte Verbrechen festzustellen, was auf verstärkte Anstrengungen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen ist. Regelmäßig kommt es zu Festnahmen oder zur erfolgreichen Aufklärung von großen Schmuggelgeschäften.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (mit Einschränkungen)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Serbien hat in der Vergangenheit relativ regelmäßig im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten sowie im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN übermittelt. Seit 2013 hat es aber nur noch einmal – im Jahr 2017 – einen Bericht über Rüstungsexporte eingereicht, sodass seither die meiste Zeit lediglich Informationen mittels der Angaben von Handelspartnern vorhanden sind.

Im Rahmen des UN-Registers zu Militärausgaben berichtet Serbien allerdings seit 2007 sehr regelmäßig, nur mit Unterbrechungen in den Jahren 2014 und 2018.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Serbien ist bestrebt, ein effektives Exportkontrollregime zur Kontrolle von konventionellen Waffen und Dual-Use-Gütern zu etablieren. Um dieses Ziel zu erreichen, hat Belgrad im März 2005 freiwillig die Kriterien und Prinzipien des damaligen EU-Verhaltenskodex (seit 2008 Gemeinsamer Standpunkt) für Rüstungsexporte anerkannt und damit einhergehend eine Reihe von Exportkontrollgesetzen verabschiedet. Dieses „Law on Foreign Trade in Arms, Military Equipment and Dual-Use Goods“ steht im Einklang mit den EU-Standards zur Exportkontrolle. Darüber hinaus hat sich das Außenministerium des Landes dazu verpflichtet, bei der Lizenzvergabe für Waffen, militärische Ausrüstung und Dual-Use-Güter die acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes als Entscheidungsgrundlage zu nutzen.

Im Allgemeinen ist die serbische Gesetzgebung ein positiver Schritt nach vorne und ein guter Versuch, die europäischen Normen und Kriterien zu übernehmen. Auch in der Umsetzung gibt es wichtige Fortschritte, die durch einen deutlichen Kapazitätsaufbau in der Verwaltung und auf der politischen Ebene erreicht wurden. Dennoch existieren weiterhin einige Defizite im serbischen Exportkontrollregime. Empfehlungen sehen vor, dass die Gesetzgebung weiter verschärft und alle Ministerien verpflichtet werden sollten, die EU-Kriterien als Entscheidungsgrundlage zu nutzen. Darüber hinaus sollten Transparenz sowie Verantwortlichkeit der einzelnen Akteure verbessert werden.

Nach manchen westlichen Schätzungen sind im Kosovo mehr als 100.000 Waffen in illegalem Besitz. In Serbien zum Beispiel sind offiziell mehr als 1,1 Millionen Waffen in legalem Besitz. Laut den Untersuchungen der SEESAC befinden sich dort aber mindestens zweimal so viele Kleinwaffen in illegalem Besitz. Am ganzen Balkan sollen nach Schätzungen 2,5 bis 4 Millionen illegale Waffen im Umlauf sein. Serbien liegt mit ca. 950.000 illegalen Waffen an erster Stelle. Neueste Schätzungen sprechen sogar von 1,2 Millionen. Der Westbalkan ist zudem die bevorzugte Quelle für den Import illegaler Waffen. Dabei handelt es sich dabei um große Mengen an Waffen und Munition aus den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre. Vor allem Serbien und Bosnien und Herzegowina sind für kriminelle Banden in der EU zur primären Bezugsquelle von Waffen und Munition geworden. Zwar konnte die Delegation des UN-Sicherheitsrats, die das Waffenembargo überwachen sollte, immer wieder an Aussagen von Zeug:innen erkennen, dass alles auf serbische Exporte nach Liberia hindeutete. Es kam aber nie heraus, wer dahintersteckte. Laut EUROPOL sind weit mehr als vier Millionen Waffen aus dem Jugoslawien-Krieg in den Balkanstaaten im Umlauf.

Viele dieser Waffen fanden in den vergangenen Jahren ihren Weg ins syrische Kriegsgebiet. Seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges haben Staaten wie Saudi-Arabien und Katar zur Unterstützung der syrischen Rebell:innen und Milizen nachweislich große Teile der in Osteuropa und dem Balkan existierende Altbestände an jugoslawischen und sowjetischen Waffensystemen aufgekauft – darunter Waffen aus Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Tschechien, der Slowakei und auch Serbien. Nach dem erfolgten Import der Klein- und Großwaffensysteme (darunter auch Mehrfachraketenwerfer und gepanzerte Mannschaftstransporter) via See- und Luftweg wurden diese zu geheimen, grenznahen Kommandostützpunkten in Jordanien und der Türkei gebracht, von dort aus illegal über Landstraßen nach Syrien geschmuggelt oder mit Militärmaschinen über dem Kriegsgebiet abgeworfen.

2019 geriet ein Skandal um Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien ins Rollen, in den der Vater des ehemaligen Innenministers und jetzigen Verteidigungsministers Nebosja Stefanovic, Branko Stefanovic, involviert gewesen sein soll. Dieser gilt auch als enger Vertrauter des Präsidenten Vucic. Gerüchte um dessen Involvierung in den Waffenhandel kursierten bereits 2018. Die 2019 geleakten Informationen enthalten Bilder, die diesen bei einem Besuch des staatlichen Rüstungsproduzenten Krusik zeigen. Branko Stefanovic wurde dabei als Vertreter einer Rüstungsexportfirma aufgeführt. Der für die Leaks verantwortliche Mitarbeiter von Krusik, Aleksandar Obradovic, wurde infolgedessen wegen der Veröffentlichung von Geschäftsgeheimnissen festgenommen. Die gehandelten Waffen, darunter Mörsergranaten, sollen den Weg über Saudi-Arabien bis in die Hände irregulärer bewaffneter Akteure im Jemen und in Syrien gefunden haben sowie im Ukraine-Konflikt gelandet sein. Die serbische Regierung gab an, die Waffen seien legal nach Saudi-Arabien als „Endnutzer“ verkauft worden, welches diese wiederum illegal weiterverkauft habe.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

The unemployment rate is still rather high and informal employment is widespread. Income inequality is especially pronounced in Serbia, and a large percentage of people are at risk of poverty and social exclusion. The government has introduced several important economic and fiscal reforms since 2014. The most important ones include streamlining the processes of obtaining building permits, industrial relations and developing e-government services. The program of fiscal consolidation finally helped bring public debt under control. The public sector is still over-employed, demonstrating little accountability and efficiency, and the current system of streamlining without a functional analysis can prove a significant burden on the future provision of public services. Fiscal rules (regarding public expenditures and public debt) are still disregarded. Reforms in the management of public companies have yet to yield any results, and the privatization of state-owned companies has been conducted only partially. Serbia recorded a small budget surplus in 2018, but public expenses on interest payments remain high at approximately 2.5% of GDP, and in 2019, the state has to receive further €5.2 billion in new loans in order to repay the maturing public debt. One of the most difficult issues Serbia faces is related to its border and the definition of territory, as

the status of the autonomous province Kosovo and Metohija (referred to as Kosovo in this report) has not been resolved yet. Relations with the neighboring Western Balkans countries worsened in 2017 and 2018, primarily due to the political statements and actions of certain state officials. The main strategic goal of accessing the European Union has not changed and the accession process continues.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

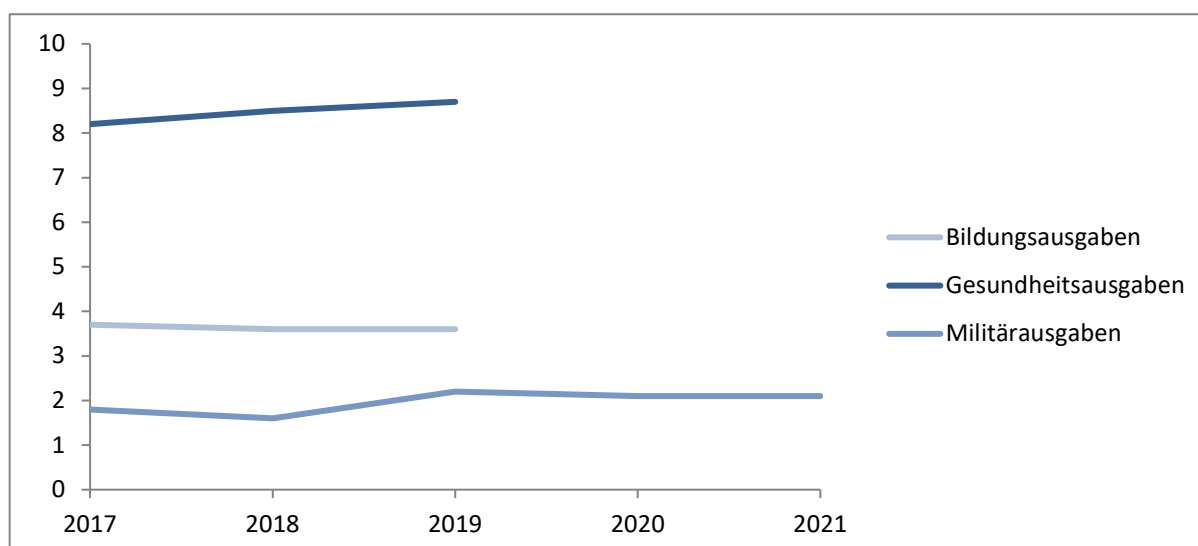
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	894	822	1182	1121	1185
Militärausgaben/BIP	1,8	1,6	2,2	2,1	2,1
Gesundheitsausgaben/BIP	8,2	8,5	8,7	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,7	3,6	3,6	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	29533	34279	34223	35896	44276
Anteil am BIP (in Prozent)	72,6	77,6	67,6	69,7	83,6
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	183,43	259,16	230,67	210,64	-
Net ODA (% of GNI)*	0,46	0,61	0,49	0,43	-
Deutsche ODA Zahlungen*	96,69	172,63	103,99	52,38	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2016	2017	2018	2019	2020
Militarisierungswert	207,2	213,1	199,2	225,4	222,6
Index-Platzierung	51	49	54	40	48

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2016	2017	2018	2019	2020
Bosnien-Herzegowina	Militarisierungswert	144,8	142,2	142,5	141,2	144,1
	Index-Platzierung	96	100	100	100	100
Bulgarien	Militarisierungswert	174,1	164,9	175,3	231,8	194,2
	Index-Platzierung	75	82	71	35	63
Kroatien	Militarisierungswert	210,7	213	214,1	212,6	219,9
	Index-Platzierung	48	50	48	52	49
Mazedonien	Militarisierungswert	199,8	195,8	198,3	208,3	213,3
	Index-Platzierung	59	58	55	54	55

		2016	2017	2018	2019	2020
Montenegro	Militarisierungswert	248,1	246,4	222,1	222,8	258,4
	Index-Platzierung	35	34	45	45	26
Rumänien	Militarisierungswert	221,5	230,5	224,2	224	241,3
	Index-Platzierung	47	41	43	43	33
Ungarn	Militarisierungswert	149,3	151,1	156,1	162	176,2
	Index-Platzierung	93	90	89	84	76

Quelle: *Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)*
 Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Bosnien-Herzegowina	Militärausgaben (absolut)	160	165	167	168	182
	Militärausgaben/BIP	0,9	0,9	0,8	0,8	0,9
Bulgarien	Militärausgaben (absolut)	788	973	2235	1074	1154
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,5	3,1	1,5	1,6
Kroatien	Militärausgaben (absolut)	948	926	1005	1013	1640
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,6	1,6	1,8	2,7
Mazedonien	Militärausgaben (absolut)	106	118	150	154	199
	Militärausgaben/BIP	0,9	0,9	1,2	1,2	1,5
Montenegro	Militärausgaben (absolut)	69	73	75	83	93
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,4	1,3	1,7	1,7
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	3880	4315	4723	5052	5210
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,8	1,8	2,0	2,0
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	1437	1679	2000	2771	2608
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,1	1,3	1,9	1,6

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2015	2016	2017	2018	2019
HDI-Wert	0.789	0.795	0.798	0.803	0.806

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Serbiens Militärausgaben waren in den vergangenen 10 Jahren rückläufig, stiegen jedoch 2019 wieder sprunghaft an (von 1,6 auf 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) und liegen seither wieder über zwei Prozent des BIPs. Demgegenüber haben sich Gesundheitsausgaben als Anteil am BIP relativ konstant entwickelt und betragen in den vergangenen Jahren durchgehend über acht Prozent des BIP. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit ist seit 2006 zurückgegangen.

Trotz zunehmender ökonomischer Prosperität ist es dem Land nicht gelungen, seine Wirtschaft zu diversifizieren und die Abhängigkeit von der Landwirtschaft zu verringern. Auch hat Serbien mit einer weiterhin hohen Arbeitslosenquote von zuletzt 11,1 Prozent zu kämpfen (Stand: 2021). Zwar hat sich eine Verbesserung des Gesundheits- und Bildungssystem in den letzten Jahren eingestellt, doch bleiben vor dem Hintergrund der generell positiven wirtschaftlichen Entwicklung beide Systeme chronisch unterfinanziert. Insbesondere im Bildungssystem hat es jedoch entscheidende qualitative Fortschritte gegeben.